

Informationen zur Umsetzung der datenschutzrechtlichen Vorgaben der Artikel 12 bis 14 der Datenschutz-Grundverordnung¹ in der Justizverwaltung

Das Oberlandesgericht Hamm verarbeitet zum Zweck der Bearbeitung eines Justizverwaltungsvorgangs Sie betreffende, personenbezogene Daten. Diese Daten können einerseits bei Ihnen erhoben worden sein, da Sie sich selbst an uns gewandt haben, zum Beispiel mit einer Frage, einer Beschwerde, einem Antrag oder einer Bewerbung oder weil wir mit Ihnen Kontakt aufgenommen haben. Darüber hinaus können Ihre Daten durch Dritte an uns übermittelt worden sein.

Im Folgenden informieren wir Sie darüber, welche personenbezogenen Daten wir erheben und was wir mit diesen Daten machen. Außerdem informieren wir Sie über Ihre Rechte in Datenschutzfragen und an wen Sie sich diesbezüglich wenden können.

Inhaltsverzeichnis

1.	Wer sind Ihre Ansprechpartner?	1
2.	Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?	2
3.	Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?	2
4.	Wie verarbeiten wir diese Daten?	2
5.	An wen können Ihre Daten weitergegeben werden?	2
6.	Wie lange speichern wir Ihre Daten?	2
7.	Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie?	3

1. Wer sind Ihre Ansprechpartner?

Verantwortlich für die Verarbeitung der personenbezogenen Daten ist die Präsidentin des Oberlandesgerichts.

Sie erreichen uns wie folgt:

Oberlandesgericht Hamm
Heßlerstraße 53
59065 Hamm

Tel.: 02381/272-0
Fax: 02381/272-518

E-Mail: verwaltung@olg-hamm.nrw.de DE-
Mail: olg-hamm@egvp.de-mail.de Sie finden die

¹ [Verordnung \(EU\) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten, zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung der Richtlinie 95/46/EG \(DSGVO\)](#)

DE-Mail-Adresse nach der Installation der DE-Mail-Software in dem dort vorhandenen Verzeichnis.

Darüber hinaus können Sie sich zu allen mit der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und mit der Wahrnehmung Ihrer diesbezüglichen Rechte gemäß der Datenschutz-Grundverordnung in Zusammenhang stehenden Fragen an unsere(n) **Datenschutzbeauftragte(n)** wenden. Sie erreichen die/den Datenschutzbeauftragte(n) unter folgender Anschrift:

Oberlandesgericht Hamm
Behördlicher Datenschutzbeauftragter
Heßlerstraße 53
59065 Hamm

Die oder der Datenschutzbeauftragte ist ausschließlich für datenschutzrechtliche Fragestellungen zuständig. Sie oder er ist nicht befugt, Ihnen inhaltliche Auskunft über die Bearbeitung Ihres Anliegens zu geben oder Rechtsberatung zu erteilen.

2. Welche personenbezogenen Daten verarbeiten wir?

Wir verarbeiten insbesondere folgende personenbezogene Daten:

- Persönliche Identifikations- und Kontaktangaben, zum Beispiel Vor- und Nachname, Adresse, Email-Adresse, Telefonnummer;
- für die Bearbeitung des Justizverwaltungsvorgangs erforderliche Informationen, insbesondere eine stichwortartige Beschreibung des der Bearbeitung zu Grunde liegenden Sachverhalts.

3. Zu welchem Zweck verarbeiten wir Ihre personenbezogenen Daten?

Rechtsgrundlage für die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c) und e) - ggf. auch a) und b) - DSGVO i.V.m. § 3 Abs. 1 Datenschutzgesetz NRW.

Die Verarbeitung erfolgt zu dem Zweck der Bearbeitung eines Sie betreffenden Justizverwaltungsvorgangs, wie zum Beispiel der Beantwortung Ihrer Frage oder der Prüfung Ihrer Beschwerde. Die Speicherung dient darüber hinaus dem Zweck, eventuelle weitere Dokumente in derselben Angelegenheit einem bereits bestehenden Verwaltungsvorgang zuordnen zu können.

4. Wie verarbeiten wir diese Daten?

Ihre personenbezogenen Daten werden elektronisch gespeichert. Wir setzen dabei technische und organisatorische Sicherheitsmaßnahmen ein, um Ihre personenbezogenen Daten gegen unbeabsichtigte oder unrechtmäßige Vernichtung, Verlust oder Veränderung sowie gegen unbefugte Offenlegung oder unbefugten Zugang zu schützen.

5. An wen können Ihre Daten weitergegeben werden?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, wenn hierfür eine gesetzliche Grundlage besteht oder Sie hierzu Ihre Einwilligung erteilt haben. Als Empfänger kommen neben anderen Gerichten und Justizbehörden auch außerhalb der Justiz stehende Behörden, öffentlich-rechtliche Körperschaften sowie juristische oder natürliche Personen in Betracht.

Werden Ihre Daten an ein anderes Gericht übermittelt, da das Oberlandesgericht Hamm für die Bearbeitung der Sie betreffenden Justizverwaltungsangelegenheit unzuständig ist, bleiben Ihre Daten beim Oberlandesgericht gespeichert, um die Abgabe nachvollziehen zu können.

Nach Ablauf der Aufbewahrungsfrist (s. hierzu Ziffer 6) sind die Verwaltungsvorgänge nach dem Archivgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen dem Landesarchiv anzubieten. Hierzu werden dem Landesarchiv Listen mit einer stichwortartigen Bezeichnung der Vorgänge übersandt. In diesen Listen können ggf. auch Ihre Daten enthalten sein. Rechtsgrundlage hierfür ist § 4 Abs. 1 und Abs. 2 Archivgesetz Nordrhein-Westfalen.

6. Wie lange speichern wir Ihre Daten?

Die Speicherfristen richten sich nach den Bestimmungen über die Aufbewahrung von Schriftgut in der Justiz und Justizverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen (AufbewahrungsVO NRW). Ihre Daten werden daher nach Ablauf der jeweils geltenden Frist gelöscht.

Eine Löschung findet nicht statt, wenn der Vorgang nach dem Archivgesetz Nordrhein-Westfalen archivierungswürdig ist. In diesem Fall bleiben Ihre Daten dauerhaft gespeichert, um die Abgabe des Vorgangs an das Landesarchiv nachvollziehen zu können.

7. Welche Rechte (Auskunftsrecht, Widerspruchsrecht usw.) haben Sie?

Sie haben nach der DSGVO verschiedene Rechte. Einzelheiten ergeben sich aus Artikel 12, 15 bis 18 und 21 der DSGVO.

- **Recht auf Auskunft**

Sie können Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten verlangen. Das Auskunftsrecht wird eventuell durch das Recht Dritter am Schutz ihrer personenbezogenen Daten oder andere entgegenstehende Rechte beschränkt. In Ihrem Auskunftsantrag sollten Sie Ihr Anliegen präzisieren, um uns das Zusammenstellen der erforderlichen Daten zu erleichtern.

- **Recht auf Berichtigung**

Sollten die Sie betreffenden Angaben nicht (mehr) zutreffend sein, können Sie eine Berichtigung verlangen. Sollten Ihre Daten unvollständig sein, können Sie eine Vervollständigung verlangen.

- **Recht auf Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung**

Sie können die Löschung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen insbesondere dann, wenn die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten nicht oder nicht mehr zulässig ist. Ihr Anspruch auf Löschung hängt u. a. davon ab, ob die Sie betreffenden Daten von uns zur Erfüllung unserer gesetzlichen Aufgaben noch benötigt werden (vgl. oben 3.). Unter den Voraussetzungen von Artikel 18 DSGVO besteht ein Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten.

- **Recht auf Widerspruch**

Sie haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit der Verarbeitung der Sie betreffenden Daten zu widersprechen. Wir dürfen in einem solchen Fall die Verarbeitung Ihrer Daten nur fortsetzen, wenn ein zwingender Grund vorliegt. Ein zwingender Grund kann sich insbesondere aus Gesetzen ergeben, die der Verarbeitung zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dienen oder uns zur fortgesetzten Verarbeitung zwingen, beispielsweise gesetzliche Aktenaufbewahrungsfristen.

- **Recht auf Datenübertragbarkeit**

Soweit die Datenverarbeitung ausnahmsweise nicht in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt oder für die Wahrnehmung einer uns übertragenen Aufgabe erforderlich ist, haben Sie das Recht, dass wir Ihnen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten zur Verfügung stellen, wenn die Datenverarbeitung auf einer Einwilligung oder einem Vertrag beruht und mit Hilfe automatisierter Verfahren erfolgt.

- **Recht auf Widerruf der Einwilligung**

Soweit die Datenverarbeitung aufgrund einer durch Sie erteilten Einwilligung erfolgt, haben Sie gem. Art. 7 Abs. 3 S. 1 DSGVO das Recht, Ihre Einwilligung jederzeit zu widerrufen. Die bis zum Zeitpunkt des Widerrufs aufgrund Ihrer Einwilligung erfolgte Datenverarbeitung bleibt trotz Erklärung des Widerrufs rechtmäßig.

- **Recht auf Beschwerde**

Wenn Sie der Auffassung sind, dass die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns nicht den gesetzlichen Bestimmungen entspricht, können Sie bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde Beschwerde einlegen.

Die für das Oberlandesgericht Hamm zuständige Datenschutzaufsichtsbehörde ist die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit (LDI). Sie erreichen die LDI wie folgt:

Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
Nordrhein-Westfalen
Postfach 20 04 44
40102 Düsseldorf

Tel.: 0211/38424-0

Fax: 0211/38424-10

E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de